



Hugo-Boss-Modenschau in Florenz

MITCHELL SAMS / CAMERA PRESS / DDP IMAGES

Hugo Boss

Verdacht auf Insiderhandel

BaFin erstattet wegen fragwürdiger Aktienverkäufe Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Die Ereignisse rund um den Absturz der Hugo-Boss-Aktie im Jahr 2016 haben womöglich ein juristisches Nachspiel. Nach monatelanger Prüfung hat die Finanzaufsicht BaFin Anzeige wegen mutmaßlichen Insiderhandels mit Aktien des Modekonzerns erstattet. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart prüft nun, ob sie ein Ermittlungsverfahren einleitet. Der Hintergrund: Am 23. Februar 2016 warnte Hugo Boss seine Aktionäre per Ad-hoc-Mitteilung vor einem Rückgang der Gewinne. Der Aktienkurs brach am selben Tag um fast 20 Prozent ein. Offenbar hatten sich jedoch einzelne Insider frühzeitig abgesichert: Kurz vor der Veröffentlichung wurden anscheinend noch größere Mengen Wertpapiere verkauft. Gegen wen sich die Anzeige der BaFin richtet, wollten weder Finanzaufsicht noch Staatsanwalt-

schaft offenlegen. Dem Vernehmen nach wird einem Aufsichtsrat von Hugo Boss vorgeworfen, Informationen über die bevorstehende Gewinnwarnung weitergegeben zu haben. Dabei soll es sich um Luca Marzotto handeln, einen Vertreter des größten Einzelaktionärs im Aufsichtsrat. Die Unternehmerfamilie Marzotto ist seit 1991 an Hugo Boss beteiligt, aktuell mit zehn Prozent. Auf Luca Marzottos Hinweis hin soll ein Verwandter noch rechtzeitig Boss-Aktien verkauft haben. Sowohl die Weitergabe solcher Informationen als auch ein anschließender Aktienverkauf wären illegal. Marzotto sagte auf Anfrage, dass er nichts von Vorwürfen in Bezug auf Insiderhandel gegen ihn wisse und auch nicht gegen entsprechende Gesetze verstoßen habe. Hugo Boss wollte den Vorgang nicht kommentieren. sh

US-Kartellklage Wiedersehen mit VW-Richter

Bei den deutschen Autoherstellern wächst die Furcht, wegen der Kartellaffäre hohe Schadensersatzzahlungen in den USA leisten zu müssen. Man nehme die Klagen ernst, heißt es in den Konzernzentralen von VW, Daimler und weiteren Herstellern. Ins-

gesamt haben 24 Parteien in mehreren US-Bundesstaaten Klagen gegen VW, Audi, Porsche, BMW, Daimler und den Autozulieferer Bosch eingereicht. Ein juristisches Gremium entschied vor wenigen Tagen, diese Klagen zu bündeln und vor ein kalifornisches Gericht zu bringen. Der zuständige Richter, Charles Breyer, ist den Autokonzernen gut bekannt:

Breyer hatte 2016 einen rund 15 Milliarden Dollar teuren Vergleich zwischen VW und den amerikanischen Behörden wegen der Diesellaffäre ausgehandelt. In der nun anhängigen Kartell-Sammelklage geht es auch um den Vorwurf, die Hersteller hätten sich abgesprochen, die Größe sogenannter AdBlue-Tanks zu begrenzen und dadurch Diesellabgase unzureichend

zu reduzieren. Sie hätten den Kunden ihre Fahrzeuge als Premiumprodukte deutscher Ingenieurskunst verkauft – mit den geheimen Absprachen aber technischen Fortschritt gerade verhindert und den Wert der Autos gemindert. Daimler und VW hatten sich, wie der SPIEGEL im Juli enthüllte, bei der EU-Kommission selbst angezeigt. fdo, mhs